

## Diskussionsbeiträge

### **Bemerkungen zu Arbeitsschwerpunkten des Bundesministeriums für innerdeutsche Beziehungen**

**Von Dorothee Wilms**

Ich spreche hier nicht als Historikerin, sondern als Zeitzeugin und, jedenfalls für wenige Jahre, als mithandelnde Person in der Deutschlandpolitik der Ära Kohl. Ich möchte anhand persönlicher Erinnerungen einige mehr skizzenhafte Anmerkungen machen sowohl zu dem normativen Teil der Deutschlandpolitik als auch zu einigen konkreten Maßnahmen und Aktivitäten des damaligen Bundesministeriums für innerdeutsche Beziehungen. Wir sind das auch einem Ressort schuldig, das über 40 Jahre lang für die Deutschlandpolitik in der alten Bundesrepublik tätig war. 1982 wurde ich zum Bundesminister für Bildung und Wissenschaft und im März 1987 zum Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen von Bundeskanzler Kohl berufen. Für mich und für die Öffentlichkeit geschah Letzteres höchst überraschend.

Das Innerdeutsche Ministerium hatte nach dem Grundlagenvertrag mit der DDR von 1972 nur wenige selbständige operative innerdeutsche Verhandlungskompetenzen; allerdings waren die Mitarbeiter des Hauses jeweils in die innerdeutschen Fachverhandlungen der Ressorts eingebunden. Ich persönlich wurde vom Chef des Kanzleramtes, das war zunächst Herr Schäuble, später Herr Seiters, immer unmittelbar vor und nach den Spitzengesprächen mit dem Beauftragten der DDR, Herrn Schalck-Golodkowski, über Vorhaben und Ergebnisse informiert. Ein Grundsatz, den ich oft gerade mit Wolfgang Schäuble diskutiert habe, war: Wir bezahlen für menschliche Erleichterungen – etwa im Besuchs- und Reiseverkehr –, und wir sorgen damit dafür, dass mehr Menschen zu uns reisen können, vor allem auch zunehmend junge Menschen. Unsere Hoffnung: Vielleicht wird dadurch die ideologische, die mentale Mauer in den Köpfen der Menschen in der DDR etwas durchlöchert, und die inneren Beziehungen der Menschen in der DDR zur Bundesrepublik bleiben erhalten oder formen sich neu. Es ging also nicht um eine Destabilisierung der DDR, sondern darum, die Mauer, die die beiden Staaten in Deutschland trennte, zumindest mental aufzubrechen. Ich meine, unsere Strategie ist richtig gewesen. Der große Übersiedlerstrom ab Mitte 1989 zeigte es. Für viele Menschen in der DDR war die Bundesrepublik das „gelobte Land“, oft in einer sehr überhöhten Form, was dann auch hier und da zu Enttäuschungen nach der Vereinigung 1990 führte.

Einen besonderen politischen Arbeitsschwerpunkt setzte ich persönlich darauf, die deutsche Einheit in Freiheit als politisches Ziel und Problem im In- und Ausland wieder stärker ins öffentliche Bewusstsein zu heben. Ich unter-

stützte damit die ideologische, die normative Linie der Politik von Helmut Kohl, was dieser mir gegenüber auch stets anerkannt hat (so u.a. in seiner Laudatio beim Empfang zu meinem 60. Geburtstag am 16. Oktober 1989 im Kanzleramt). Zu dieser Linie gehörte die Erinnerung an das Grundgesetz, an die Präambel und insbesondere an das Urteil des Bundesverfassungsgerichtes von 1973, das den Grundlagenvertrag mit der DDR anerkannt hatte, aber in dem es auch sinngemäß hieß: Aufgabe der Politik ist es, den Gedanken an die Einheit im Inneren wachzuhalten und nach außen beharrlich zu vertreten. Im Gegensatz zur sozial-liberalen Koalition wurde von der Regierung Kohl ganz bewusst wieder mehr über Wiedervereinigung und Deutsche Einheit gesprochen. Damit wurde zwar operativ nichts erreicht, und die SPD hat uns das auch oft vorgeworfen. Aber das Thema kam so wieder verstärkt in die innenpolitische Diskussion, wo es zunehmend auf Resonanz stieß. Damit entsprachen wir auch den außenpolitischen Entwicklungen, den Freiheitsentwicklungen, die sich in der Sowjetunion und vor allen Dingen in den mittelosteuropäischen Staaten anbahnten. Dieser ideologische, normative Aspekt war eben die andere Seite der operativen Kohlschen Deutschlandpolitik: Beziehungen mit der DDR zu pflegen, aber daneben auch den Anspruch auf die Vereinigung Deutschlands in Freiheit zu erhalten.

Im Innerdeutschen Ministerium habe ich mehrere Ansatzpunkte für die Belebung dieser Debatte gesehen: durch Bildungsmaßnahmen vor allem für Jugendliche und durch eigene Vorträge in der Bundesrepublik und im Ausland. Dort ging es vor allem darum, jüngere Abgeordnete und Politiker, denen die aus der Kriegs- und Nachkriegszeit stammenden völkerrechtlichen Implikationen hinsichtlich des geteilten Deutschlands meist völlig fremd waren, über die Situation des geteilten Landes ein wenig zu informieren. Ich war damals unter anderem in den westlichen Hauptstädten London, Paris, Washington und Brüssel. Dem gleichen Zweck dienten auch die Informationsreisen ausländischer Diplomaten an die Sperranlagen der innerdeutschen Grenze, zu denen das Ministerium regelmäßig einlud.

Es ging mir um die deutsche Einheit in Freiheit, besonders auch im Sinne der Gewährung von Selbstbestimmung und Menschenrechten für die Menschen in beiden Teilen Deutschlands nach UNO-Charta und KSZE-Vertrag. Ich plädierte für die Deutsche Einheit im Rahmen eines europäischen Prozesses in Frieden mit den Nachbarn und eingebunden in die westliche Wertegemeinschaft. Eine Vereinigung unter kommunistischen Vorzeichen lehnte ich ebenso ab wie einen neutralen Status für ein Gesamtdeutschland. Dies entsprach, wie ich meinte und meine, der Präambel des Grundgesetzes und im Übrigen auch der Adenauerschen Vorstellungswelt, der ich mich sehr verbunden fühlte. Diese Art der Argumentation brachte mir aber häufig Schelte und Ablehnung eines mehr nationalkonservativen Spektrums in der Gesellschaft wie auch in der CDU/CSU-Bundestagsfraktion ein. Auch in einigen Presse-

organen wurde ich deshalb angegriffen. Ich habe den Begriff der Wiedervereinigung wohl sehr sparsam benutzt, weil er mir zu rückwärts gewandt war. Ich sprach mehr von der Vereinigung der beiden Staaten in Deutschland. Denn Wiedervereinigung im streng begrifflichen Sinne hätte ja auch die Rückkehr der verlorenen deutschen Ostgebiete bedeuten müssen, also Wiederherstellung Deutschlands in den Grenzen von 1937. In vielen Vertriebenenveranstaltungen, an denen ich in diesen Jahren teilgenommen habe, bin ich auch entsprechend kritisch angesprochen worden. Dort hielt man die Begrenzung des Themas Wiedervereinigung auf die beiden deutschen Staaten für zu eng. Mir war völlig klar, dass die deutsche Teilung nur im Rahmen großer internationaler Veränderungen möglich sein könnte. Isolierte nationale deutsch-deutsche Lösungen hielt ich nicht für möglich und auch nicht für erwünscht. Dies brachte ich in meiner Rede in Paris im Januar 1988 zum Ausdruck, was mir in der Bundesrepublik manche Kritik einbrachte.

Im Plenum des Deutschen Bundestages habe ich wie viele andere Kollegen auch meist aus aktuellem Anlass immer wieder zu den Verstößen gegen die Menschenrechte in der DDR Stellung genommen, gerade ab Frühjahr/Sommer 1989 – ein Tatbestand, der mir von der DDR-Regierung sehr angekreidet wurde, wie auch „meine“ Stasi-Berichte hinreichend belegen. Auch Honecker ließ mich über Umwege wissen, dass solche Reden von mir gar nicht förderlich seien für das innerdeutsche Verhandlungsklima. Mich hat das nicht sehr gekümmert, außerdem wusste ich auch nicht, ob diese Mitteilung wirklich stimmte oder ob sie ein wichtigtuerisches Geschwätz war.

Für ganz entscheidend halte ich, dass die Regierung Kohl nie die Erfüllung der vier Geraer Forderungen Honeckers in Erwägung gezogen hat, insbesondere nicht die Auflösung der Erfassungsstelle Salzgitter und die Anerkennung der DDR-Staatsbürgerschaft. Bei der SPD dagegen gab es viele Stimmen, die anders votierten, übrigens auch die des damaligen NRW-Ministerpräsidenten Rau. Die SPD-geführten Bundesländer hatten sich aus der Finanzierung der Erfassungsstelle Salzgitter zurückgezogen, das Innerdeutsche Ministerium war dafür eingesprungen. Wären wir damals schwach geworden in der Frage *einer* deutschen Staatsangehörigkeit, dann hätte sich das bei der Bewältigung der Übersiedlerströme und der Besetzung unserer Botschaften durch die Menschen aus der DDR ab Sommer 1989 verheerend ausgewirkt. Man sollte aber auch nicht vergessen, dass parallel zu diesen Entwicklungen die SPD/SED-Gespräche in verschiedenen Kommissionen über Abrüstung und Entspannung liefen mit entsprechenden Kommissionspapieren.

Ich will nun auf einige konkrete Maßnahmen verweisen, die vor dem Einigungsprozess im Sinne der deutschlandpolitischen Arbeit gelaufen sind. Sie wurden vom Innerdeutschen Ministerium durchgeführt, das in der sozial-liberalen Zeit etwas in der Versenkung verschwunden war, aber von den CDU-

Bundesministern Rainer Barzel, Heinrich Windelen und mir ab 1982 wieder neue Akzente erhielt.

Mir ist wichtig darauf hinzuweisen, dass es die Regierung Kohl war, die viele Bildungs- und Reisemaßnahmen für Jugendliche aus der Bundesrepublik an die innerdeutsche Grenze, nach Berlin, auch gelenkte Reisen in die DDR, unterstützt und angestoßen hat, zusammen mit den Bundesländern und mit der Kultusministerkonferenz, um jungen Menschen klarzumachen, was ein geteiltes Land bedeutet. Ich füge allerdings hinzu, dass mich die Reiseberichte, die diese jungen Leute später geschrieben haben, oft ernüchtert und erschreckt haben. Denn in ihnen kam häufig eine fast groteske Unwissenheit über die Geschichte des geteilten Landes zutage. Die Jugendlichen zeigten viel Desinteresse an der Vereinigung und oft sogar eine Ablehnung der Menschen in ihren DDR-Lebensverhältnissen. Westeuropa stand vielen unserer Jugendlichen damals näher als die Menschen in der DDR. Deshalb denke ich, dass die Vereinigung so gesehen im letzten Moment gekommen ist. Womöglich wäre sie zu einem späteren Zeitpunkt, gerade hier im Westen, von einer jungen Generation nicht mehr so mitgetragen worden. Auch in den Wahlkämpfen, die wir 1990 geführt haben mit Blick auf die erste gesamtdeutsche Bundestagswahl, habe ich manche Skepsis bei den Westdeutschen bemerkt. Man war zwar grundsätzlich für die Vereinigung, aber in dem Moment, wo es konkret wurde und wo man vielleicht dafür zahlen sollte, ließ die allgemeine Begeisterung doch nach. Bundeskanzler Kohl hat meines Erachtens richtig entschieden, damals keine Steuern oder Abgaben für die Wiedervereinigung zu erheben.

Noch einige Stichworte aus der Arbeit des Innerdeutschen Ministeriums: Es gab über viele Jahre eine sehr aktive Zonenrandförderung. Die Mitte Deutschlands, dort wo die innerdeutsche Grenze verlief, erhielt eine umfassende wirtschaftliche und kulturelle Förderung. Wir wollten blühende Landschaften neben dem Todesstreifen und den Befestigungen auf der anderen Seite. Als die Förderung nach der Vereinigung wegfiel, waren diese mitteldeutschen Regionen die Leidtragenden.

Ein weiteres Thema: Es ist oft gefragt worden: „Ja, warum haben denn zu Zeiten der Vereinigung keine Unterlagen über die reale Situation in der DDR im Ministerium vorgelegen?“ Die Antwort könnte man, etwas vereinfacht, so geben: Der seit Anfang der 50er Jahre bestehende „Forschungsbeirat“ zur Beratung der ministeriellen Deutschlandpolitik auch im Sinne einer Wiedervereinigung wurde 1974 aufgelöst. Unter den SPD-geführten Bundesregierungen wurde dann eine betont systemimmanente arbeitende „DDR-Forschung“ gefördert. Dies entsprach der damaligen Entspannungspolitik und der Zurückdrängung der Totalitarismustheorie in der Geschichtswissenschaft. Hinzu kam, dass die von der DDR veröffentlichten Statistiken – höflich ausgedrückt – meist geschönt waren. Ich habe 1987 damit begonnen, wieder einen Arbeitskreis „Deutschlandforschung“ mit einem erweiterten Wissenschaftlerkreis und

neuen, auch systemkritischen Themen zu initiieren und zu fördern. Die Vereinigung Deutschlands kam dann aber „zu schnell“, um umfassende Forschungsergebnisse vorlegen zu können.

Ein beliebtes Thema bei der Diskussion über das Innerdeutsche Ministerium ist der Gefangenenfreikauf und die Familienzusammenführung. Ich möchte dazu hier weiter nichts sagen, weil dies kein spezifisches Thema der Ära Kohl ist. Durch diese Maßnahmen ist ohne Zweifel viel Gutes getan worden, obwohl hier immer wieder die Abwägung zu treffen war, was moralisch tragbar und was finanziell machbar war. Wir haben 1989/1990, als sich der Freikauf erübrigte, die im Innerdeutschen Ministerium verfügbaren Etat-Mittel für die Verschickung medizinischer Hilfsgüter in die DDR freigegeben. So sind über die Rote-Kreuz-Gesellschaften der Bundesrepublik und der DDR über 520 Mio. DM innerhalb von ein paar Monaten in medizinische und soziale Einrichtungen der DDR geflossen.

Ich hatte mir nach der Amtsübernahme vorgenommen, häufig in die DDR zu fahren. Diese Reisen wurden mit der DDR-Regierung über unsere Ständige Vertretung in Ost-Berlin abgesprochen. Mit Dienstwagen und Referent bin ich mehrfach „inoffiziell“ in der DDR gewesen und relativ frei herumgefahren, die Stasi allerdings immer im Schlepptau. Offiziell gab es mich als Innerdeutschen Minister ja nicht. So hatte ich zwar keine „offiziellen“ Begegnungen, aber viele Gespräche mit Kirchenvertretern, mit Sozial- und mit Kulturrepräsentanten. Auf diese Weise konnte ich feststellen, dass die Realität in Wirtschaft und Infrastruktur der DDR damals doch noch schlimmer war, als es sich viele im Westen vorstellten. Deshalb war mir später auch manche Diskussion über die Lage in der DDR während des Vereinigungsprozesses zu optimistisch angelegt. Manch einer, auch mancher Beamte, ließ sich von allzu viel gut gemeinten Illusionen leiten!

Einen Punkt möchte ich hier noch erwähnen, der meines Erachtens bisher zu wenig angesprochen worden ist. Ich meine die keineswegs unkritische Unterstützung der Arbeit der Vertriebenenorganisationen durch die Regierung Kohl, und zwar ihrer deutschlandpolitischen und ihrer kulturpolitischen Arbeit. Es haben sowohl der Bundesminister des Inneren nach dem Bundesvertriebenengesetz § 96 als auch das Innerdeutsche Ministerium sehr viele Mittel in diese Arbeit hineingesteckt. Der Erfolg zeigte sich 1989/90, denn ich halte es für nicht ganz selbstverständlich, dass die Vertriebenen- und Flüchtlingsorganisationen den Prozess der Wiedervereinigung so verhältnismäßig ruhig mitgingen, der ja letztlich den endgültigen völkerrechtlichen Verzicht auf die ehemaligen deutschen Ostgebiete – ihre alte Heimat – bedeutete. Dies ist ein Verdienst von Bundeskanzler Kohl, aber vor allem auch von CDU-Vertriebenenpolitikern, wie Windelen, der hier unglaublich aktiv war, auch von Hennig, Stingl, von Bismarck, Jahn, Becher, Czaja, Hupka oder Gradl, der stärker auf die mitteldeutschen Vereinigungen eingewirkt hat. Es wäre meines Erachtens

wünschenswert, wenn die Geschichtsforschung sich diesem Aspekt der Einigung noch stärker als bisher widmen würde, denn politisch hätten die Vertriebenen ja auch in ganz anderer Weise zum Unruheherd im Vereinigungsprozess werden können. Die kulturpolitische Arbeit der Vertriebeneninstitutionen ist meiner Meinung nach auch heute noch förderungswürdig, denn es gilt, auch ein Stück Erinnerungskultur zu pflegen. BMI und BKM agieren hier bis heute noch sehr engagiert. Ich wünschte mir, dass auch die Adenauer-Stiftung diesen Bereich der Erinnerungskultur in Zusammenarbeit mit sachkundigen Vertretern der Vertriebenenorganisationen stärker behandeln würde. Dies muss und kann jetzt auch zunehmend zusammen mit den Vertretern unserer östlichen Nachbarn geschehen im Sinne deutsch-polnischer, deutsch-tschechischer, deutsch-slowakischer oder deutsch-ungarischer Gespräche über die Geschichte und über die Kultur in diesen Gebieten.

Eine persönliche Bemerkung noch zum Honecker-Besuch: Mir war höchst unwohl, als wir vor dem Kanzleramt standen und Hymne und Fahne der DDR wahrnahmen, obwohl das Treffen politisch unabwendbar war. Ich weiß allerdings nicht, ob ich diesen Honecker-Besuch im Rückblick so hoch bewerten würde und ob nicht vielleicht Historiker diesen Besuch in seiner politischen Bedeutung heute gelegentlich überschätzen. Ergänzend sei auf das damals umlaufende Gerücht verwiesen, dass für Honecker der Bonner Besuch vor allem die Eintrittskarte sein sollte für seinen Besuch in Washington.

Ich möchte noch über eine CDU-interne Begebenheit berichten, deren Erwähnung ich bisher nirgendwo gefunden habe; ich berichte darüber, weil sie Helmut Kohl betrifft. Es war auf dem CDU-Bundesparteitag in Bremen am 11. September 1989, als es für Kohl darum ging, die Fronde der rebellischen Parteifreunde zurückzudrängen. An diesem Abend kamen die ersten DDR-Übersiedler von Ungarn über Österreich nach Passau, so wie es Kohl mit der ungarischen Regierung vereinbart hatte. Dort waren erste Notaufnahmehäuser aufgemacht worden. Horst Waffenschmidt und ich wurden von Kohl per Flugzeug nach Passau geschickt, um morgens in aller Frühe diese Übersiedler im Namen des Bundeskanzlers zu begrüßen. So geschah es; wir flogen mittags zurück nach Bremen und mussten sofort vor dem Parteitag von den sehr anrührenden Geschehnissen berichten. Für mich war klar, dass Kohl die Partei auf diese Weise mit den wirklich historischen Ereignissen dieser Tage konfrontieren wollte angesichts seiner innerparteilichen Gegenspieler.

Ich glaube, ich war der einzige Bundesminister, der am Abend des 9. November 1989 in Berlin war. Ich war anlässlich einer Historikerkonferenz im Reichstag und habe an dem Abend und in der Nacht viele Geschehnisse entlang der Mauer miterlebt. Am 10. November morgens gegen sechs Uhr bin ich am Übergang Invalidenstraße kurz nach Ost-Berlin hinübergegangen mit meiner Begleitung. Ein DDR-Grenzoffizier hat mich irgendwie erkannt und leicht ironisch gemeldet angesichts der wogenden Menschenmassen: „Es ist

alles ruhig“, und ich könne ruhig ein bisschen „reingehen“, wenn ich denn wieder zurückkäme. Ich habe auf dem Weg Frauen mit Kindern gefragt: „Wo kommen Sie denn her, jetzt morgens um sechs?“ Die Antwort war: „Wir wollten in der Nacht einmal auf den Ku’damm gehen, aber jetzt müssen wir wieder zurück zur Arbeit.“ Solche Szenen vergisst man nie!

Eine letzte persönliche Erinnerung: Unauslöschlich eingepägt hat sich mir – und vermutlich allen Teilnehmern in Kohls Begleitung – die beeindruckende Kundgebung mit dem Bundeskanzler vor der Ruine der Dresdner Frauenkirche am 19. Dezember 1989. Von da ab wusste ich: Es gibt kein Zurück mehr auf dem Weg zur deutschen Einheit.

Der Wahlkampf für das Wahlbündnis „Allianz für Deutschland“ in der DDR, den ich vielfältig mitmachte, war anders als jeder gewohnte Wahlkampf bei uns. Die Menschen waren doch sehr verunsichert, sie wussten nicht recht, was sie eigentlich sollten oder wollten. Ich vermute, dass vor allem deshalb die „Allianz für Deutschland“ in der DDR gewonnen hat, weil das eine Wahl für Helmut Kohl war; da wurde der Mann gewählt, zu dem sie Vertrauen hatten.

Abschließend noch eine etwas kritische Bemerkung: Der Prozess der Vereinigung, die Vertragsverhandlungen, das ganze Prozedere um den Einigungsprozess und die Verhandlungen in Bonn und in Berlin waren für das Innerdeutsche Ministerium und seine Mitarbeiter nicht immer ganz einfach. Es gab die klare Weisung des Bundeskanzlers: Das Bundeskanzleramt hat die Federführung in den Verhandlungen. Diese Weisung wurde auf allen Ebenen auch recht robust gehandhabt. Ich war und bin auch heute noch der Auffassung, dass der im Innerdeutschen Ministerium versammelte Sachverstand mit seinen Kenntnissen über Verhältnisse und Befindlichkeiten in der DDR gelegentlich zu wenig in Anspruch genommen wurde und damit nicht ausreichend zur Geltung kam; ich habe das damals bedauert. Aber insgesamt zolle ich der Bonner Ministerialbürokratie meinen allerhöchsten Respekt für ihre Leistung bei der komplizierten Vertragsgestaltung in so kurzer Zeit.

Das Innerdeutsche Ministerium wurde am 17. Januar 1991 mit Bildung des ersten gesamtdeutschen Kabinetts Kohl aufgelöst, und ich finde, es war richtig so. Es hat damals auch Gegenstimmen gegeben. Aber es hatte seine Aufgabe erfüllt, für die es einmal gegründet worden war. Das Ministerium hat über Jahrzehnte, je nach politischer Wetterlage, viel dafür getan, dass der Gedanke an ein einiges und freies Deutschland wachgehalten wurde. Viele Mitarbeiter gerade dieses Ressorts kamen selber aus der SBZ/DDR oder aus den ehemaligen deutschen Ostgebieten und hatten wegen ihrer freiheitlichen Überzeugungen oftmals Bestrafungen und Haft in Kauf nehmen müssen. Viele waren deshalb gerade in diesem Ministerium tätig, weil es viel für die Menschen im geteilten Deutschland geleistet hat; ich meine, dass sollte nicht vergessen werden, weil es auch zur Geschichte der alten Bundesrepublik gehört.



## Statements im Anschluss an den Vortrag von Manuela Glaab

### Claus J. Duisberg:

Ich möchte einige Bemerkungen zum Honecker-Besuch machen. Unsere Politik war von vornherein darauf gerichtet, nicht nur Verbesserungen in praktischen Fragen zu erreichen, insbesondere den Zugang und die Lebensfähigkeit von Berlin zu sichern, sondern sie sollte auch menschliche Erleichterungen bringen. Außerdem sollte sie das Zusammengehörigkeitsgefühl zwischen Ost und West in Deutschland erhalten und womöglich stärken. Jeder innerdeutsche Kontakt, jede Vereinbarung, jede Absprache zielte deshalb auch auf Kommunikation zwischen den Menschen in Ost und West und damit darauf, die DDR ein wenig zu öffnen. Vereinbarungen und Absprachen werteten andererseits die DDR auch immer wieder ein Stück weit auf. Die Bundesregierung kaufte gewissermaßen Kommunikation für den Preis von Aufwertung und wirtschaftlicher Unterstützung. Insofern war die Deutschlandpolitik immer eine Gratwanderung. Das galt jedoch umgekehrt auch für die DDR, weil für sie jede Öffnung nach Westen, insbesondere zur Bundesrepublik, immer mit einer Gefährdung der inneren Stabilität verbunden war. Das wiederum musste auch die Bundesregierung stets berücksichtigen, jedenfalls solange, wie eine Destabilisierung der DDR die Gefahr einer sowjetischen Intervention heraufbeschworen hätte. Behutsamkeit war daher die Grundmaxime unserer Politik gegenüber der DDR, auch wenn sie deshalb von manchen Kritikern als beschwichtigend oder leisetreterisch kritisiert wurde. Erst mit der Änderung der sowjetischen Politik unter Gorbatschow, dem Abrücken von der Breschnew-Doktrin, erweiterte sich überhaupt der Spielraum. Der Honecker-Besuch, der im Übrigen auch vor der Änderung der sowjetischen Haltung gar nicht oder jedenfalls nicht in der Form möglich gewesen wäre, muss vor diesem Hintergrund gesehen werden.

Der Besuch ist übrigens nicht, wie viele Kritiker gesagt haben, eine Anerkennung der DDR gewesen. Die Anerkennung der DDR als nach innen und außen selbstständigem Staat hatte die Bundesrepublik bereits mit dem Grundlagenvertrag 1971 vollzogen. Aber der Besuch stellte natürlich durch seine Symbolkraft und durch die Bilder eine Aufwertung der DDR dar.

Die DDR zeigte sich jedoch in diesem Zusammenhang ihrerseits bereit, den Zuwachs an Ansehen und die Aufwertung, die ihr der Besuch bringen sollte, mit einer zuvor nicht erreichten Westöffnung, vor allem im Reiseverkehr, zu erkaufen. Als Ergebnis der im Vorfeld und während des Besuchs geführten Gespräche waren in den Jahren 1986 bis 1988 rund sechs Millionen Menschen aus der DDR, davon ungefähr ein Drittel unterhalb des Rentenalters, einmal oder mehrmals zu Besuch in Westdeutschland oder West-Berlin. Die unmittelbaren Eindrücke und Erfahrungen, die sie hier hatten, nicht zuletzt auch im



Umgang mit Behörden, haben gewiss nicht wenig zu der vorrevolutionären Stimmung im Jahr 1989 beigetragen.

Die Bundesregierung hatte ja immer darauf gesetzt, dass bei dem Handel Kommunikation und Öffnung gegen begrenzte Aufwertung der Westen letztendlich gewinnen würde. Ich meine, dass diese Rechnung dann schließlich auch aufgegangen ist. Jedenfalls war dies ein wichtiges Ergebnis des Honecker-Besuchs, das wir als Bundesregierung natürlich nicht plakativ darstellen konnten. Man konnte ja nicht sagen: „Der Honecker wird hier empfangen, dafür lassen die ganz viele Leute reisen“; das wäre sofort kontraproduktiv gewesen.

Eine andere Wirkung war, dass jedenfalls kurzfristig die DDR wieder etwas stärker ins Bewusstsein der westdeutschen Bevölkerung gerückt wurde. Es gab im Zusammenhang mit dem Besuch zahlreiche Fernsehreportagen aus der DDR. Zu dieser Zeit war ja die DDR für eine große Mehrheit in Westdeutschland, für alle diejenigen, die nicht persönliche Freunde, Bekannte, Familienangehörige dort hatten, eine terra incognita. Sie trat immer mehr aus dem Bewusstsein heraus, und auch das Sonderverhältnis zwischen den beiden deutschen Staaten wurde zunehmend weniger wahrgenommen. Man hatte sich an die Teilung gewöhnt. Eigentlich ist es im Rückblick erstaunlich, wie sehr wir alle uns an die Abnormalität der Situation gewöhnt hatten. Sie wurde einem allenfalls momentan, kurzfristig ins Bewusstsein gerufen, trat dann aber wieder zurück. Erst 1989/90 wurde einer breiten Öffentlichkeit wieder bewusst, in welcher widernatürlicher Lage wir bisher gelebt hatten.

Die Stimmen derjenigen, die die deutsche Einheit bereits abgeschrieben hatten oder einen Nationalstaat überhaupt als überholt ansahen, Positionen, die sehr stark von den Grünen vertreten wurden, aber auch in der SPD und in Kreisen der evangelischen Kirche, sind nachher noch in dem Vereinigungsprozess 1990 von einiger Bedeutung, insofern als sie Widerstände und Probleme schafften. Eines ist aber ganz bemerkenswert: Helmut Kohl war von all diesen Strömungen und Zuckungen der Meinungen völlig unberührt. Er war irritiert, über manches empört. Aber es hat ihn in seiner Grundhaltung überhaupt nicht beeinflusst. Er hielt unbeirrbar an den grundsätzlichen deutschlandpolitischen Positionen fest, wie sie auch etwa in der Rede in der „Redoute“ zum Ausdruck kamen. Er blieb auch 1989/90 auf diesem Kurs, und deswegen möchte ich mich auch etwas gegen eine Bemerkung in dem Referat von Herrn Rödder verwahren, wo davon die Rede ist, dass ein Blindflug der politischen Verantwortlichen in die deutsche Einheit stattgefunden habe. Was den Bundeskanzler anlangt, glaube ich, hatte er eine sehr klare Zielvorstellung, die Austerisierung des Flugkurses von Tag zu Tag erfolgte natürlich nach den Gegebenheiten. Aber jedenfalls, die Grundlinie und das Ziel waren ganz eindeutig.

### Statements im Anschluss an den Vortrag von Michael Richter

#### **Elmar Brok:**

Ich erinnere mich daran, dass wir mit Hilfe von Heinrich Windelen und Frau Dr. Wilms in den 80er Jahren zweimal Reisen von Nicht-Deutschen, aber deutsch sprechenden Europaabgeordneten in die DDR durchgeführt haben. Während einer dieser Reisen im Jahr 1987, als es nach Ost-Berlin und den Norden hinauf ging, war erstmalig ein erheblicher Unterschied gegenüber früheren Reisen zu spüren, dass nämlich die Menschen Mut hatten, uns auch in der Nähe von Vopos anzusprechen und Kritik zu äußern. Man merkte geradezu physisch, dass hier ein Meinungswandel stattfand. Im September 1980 war ich auf dem Parteitag der britischen Konservativen eingeladen. In meiner Rede dort habe ich gesagt, dass es, wenn die Entwicklung in der DDR so verlief wie diejenige in Ungarn oder in Polen, bald keine DDR mehr geben werde. Denn im Unterschied zu Polen oder Ungarn, die in ihrer Identität gefestigte Nationen sind und auch damals waren, ist eine DDR ohne Diktatur niemals denkbar gewesen. Es kann der Kommunismus herrschen oder nicht, es gibt immer ein Polen oder ein Ungarn. Aber eine DDR ohne Diktatur konnte es nie geben, weil es keine eigene DDR-Identität gibt oder je gab. Es zeigte sich allerdings, dass viele Menschen, insbesondere in Westdeutschland, glaubten, dass es eine besondere DDR-Identität gebe. Viele Westdeutsche, bis in die eigene Partei hinein, waren der Auffassung, die DDR habe sich im Selbstverständnis ihrer Bürger innerlich gefestigt. Ich war sicherlich auch dadurch etwas gegen diesen Glauben geimpft, dass meine Frau Brandenburgerin ist, wir viel Verwandtschaft dort hatten und von daher immer Zugang zu Informationen aus erster Hand.

Mitte Oktober 1989, als noch keiner den Mauerfall am 9. November ahnen konnte, hatte Generalsekretär Volker Rühe Mitglieder der CDU, die Ost-Kontakte hatten, für den 10. November morgens ins Konrad-Adenauer-Haus eingeladen. Man könnte schon an einen Wink der Geschichte denken: Damals waren auch Kurt Biedenkopf, Rita Süsmuth und viele andere mehr dabei. Wir saßen da, und es wurde mit dem Bundeskanzler in Warschau telefoniert, der die Entscheidung zu treffen hatte, ob er zurückkäme oder nicht. Wir haben dann keine langen Beratungen geführt, Rita Süsmuth hat ein Flugzeug gechartert, wir sind nach Berlin geflogen und kamen pünktlich zur Kundgebung an der Gedächtniskirche. Für die erste Kundgebung am Schöneberger Rathaus waren wir zu spät. Erstaunt haben wir registriert, mit welchem Zorn der Bundeskanzler dort ankam. Wir kannten noch nicht die Ereignisse, die vor dem Schöneberger Rathaus stattgefunden hatten. Bei dieser Gelegenheit hatten Heribert Scharrenbroich und ich ein Vervielfältigungsgerät für Flugblätter im Flugzeug mitgenommen und am Abend versucht, dieses mit einem niederlän-

dischen Taxifahrer über den Checkpoint Charlie nach Ost-Berlin zu bringen. Da der damalige JU-Bundesvorsitzende Hermann Gröhe, der noch Einreiseverbot hatte, dabei war, wurden wir wieder zurückgeschickt. Wir haben das Gerät dann im Reichstag untergebracht, und am nächsten Tag hat Jürgen Warnke es in seinem Auto mitgenommen und bei Rainer Eppelmann abgegeben. Auf dieser Maschine sind die Flugblätter gedruckt worden für das erste Treffen des Demokratischen Aufbruchs, das dann kurze Zeit später stattfand.

Wir drei haben in der zweiten Nacht, vom 10. auf den 11. November, auf der Mauer am Brandenburger Tor gestanden und dort ein Erlebnis gehabt, das erst Angst machte. Unglaublich viele Menschen waren da, und wir sahen, dass durch das Brandenburger Tor DDR-Grenzer mit Feuerwehrschräuchen kamen, um uns da herunterzuspritzen. Da habe ich Angst gehabt: Denn wenn die Masse Menschen in Panik geraten wäre und wir gefallen wären, was hätte da passieren können. Aber es geschah nichts. Denn es ereignete sich etwas, was symbolisch für die ganze DDR stand: Alle Feuerwehrschräuche platzten, sie waren verrottet. Diese Aktion wurde unter großem Gejohle der Zuschauer eingestellt.

Am selben Tag erhielt ich einen Anruf von Egon Klepsch, der damals Fraktionsvorsitzender der EVP war. Er bat mich, gemeinsam mit Klaus Hänsch von den Sozialdemokraten für die beiden Fraktionen im Europäischen Parlament eine Resolution für die Plenarsitzung des Europäischen Parlaments im November vorzubereiten. Diese Resolution haben wir erstellt, und sie ist mit großer Mehrheit angenommen worden. Damals war schon ein entscheidender Punkt in dieser Diskussion, an dem es hakte, und wegen dem es hätte schiefgehen können, die Haltung zur polnischen Westgrenze. Wir haben eine Lösung gefunden, weil es auch vom Parteivorsitzenden der CDU Signale gab, die er offiziell erst Ende Februar zu dieser Frage gegeben hat. Dadurch hatten wir Bewegungsspielraum in dieser Frage. Ich habe dieses Dokument noch bei mir zu Hause mit einer Notiz von ihm, und ich glaube, dass das im Hinblick auf den Zeitablauf nicht unwichtig war.

Um Weihnachten 1989 herum wurde ich dann vom Bundeskanzler und vom Generalsekretär gebeten, nach Brandenburg zu gehen. Ich bin dort am 3. oder 4. Januar in der Bezirksgeschäftsstelle der CDU angekommen, in dem roten Haus, das heute noch die Landesgeschäftsstelle beherbergt, und die de facto damals schon anfang, eine koordinierende Rolle zwischen den drei Bezirksgeschäftsstellen in Brandenburg zu spielen. Ich habe mich dort hingesetzt – die Leute kannten mich schon durch meine familiären Beziehungen – und fragte den damaligen Bezirksgeschäftsführer: „Wie sieht es denn in den Umfragen aus?“ Da sagte er: „Wenn es gutgeht und der Wahlkampf wirklich gut geführt wird, können wir bis etwa 7 % bekommen.“ Daraufhin habe ich meine Papiere wieder in die Tasche gesteckt und bin aufgestanden. Da hat er gefragt: „Was haben Sie denn vor?“ Ich habe gesagt: „Für 7 % bleibe ich nicht hier.“ Da begriffen sie, wir wollten nicht 7 % holen, wir wollten gewinnen.

In dieser Zeit kam es zu Verhandlungen über die Zusammenarbeit mit den anderen Parteien. Ich halte es für wichtig, dass es die Auseinandersetzung über die Ost-CDU gegeben hat. Die Kritik an der Ost-CDU, die Äußerungen von Rühle zur Trennung davon und so weiter sind notwendig gewesen, um das Projekt glaubwürdig zu machen. Dass wir gesagt haben, wir nehmen nicht eine Ost-CDU ohne Weiteres, sondern es müssen bestimmte Bedingungen erfüllt sein, und dann gemeinsam mit dem Demokratischem Aufbruch und der DSU in den Wahlkampf zu gehen, ist, glaube ich, der richtige Weg gewesen. An dem Tag, als die Verhandlungen zur Gründung der Allianz für Deutschland durchgeführt wurden, in der Borsig-Villa, war Generalsekretär Rühle bei mir in Höxter. Er war bewusst zu dem Treffen nicht mitgegangen, weil er den bösen Prellbock dann hätte spielen müssen. Ich glaube, das gehörte auch zu dem klugen Spiel in dieser Situation dazu.

Wir haben die ersten Pressegespräche in dem kleinen Büro beim Demokratischen Aufbruch in der Lindenstraße, dort wo das frühere Stasi-Gefängnis war, durchgeführt. Gearbeitet haben wir aber in der CDU-Geschäftsstelle. Das heißt, wir haben nach außen die Glaubwürdigkeit des Demokratischen Aufbruchs benutzt, aber organisatorisch wäre der Wahlkampf nicht gelungen ohne die CDU. Mit ihren Stäben, die sie hatten, und insbesondere mit den Verbindungen in die Kreise hinein. Man konnte jeden Tag irgendwo eine Reise organisieren, irgendwohin fahren, Kontakte haben, Firmenbesuche machen, Pressegespräche durchführen, die dann gedruckt wurden. Denn es war wirklich so, dass der CDU-Kreisgeschäftsführer den stellvertretenden Leiter der Lokalredaktion der jeweiligen Zeitung kannte, der wiederum erst seit wenigen Tagen oder Wochen in diesem Amt war, weil das üblicherweise der untergekommene SED-Sekretär war. Der wiederum meinte aber, in hohem Maße Objektivität an den Tag legen zu müssen, wodurch wir vor Ort in der Regel breite positive Artikel zustande gebracht haben. Der Glaube an die Obrigkeit war bei diesen Redakteuren noch sehr stark – in diesem Sinne für uns positiv – ausgeprägt.

Ein einziges Mal, ganz am Anfang meiner Tätigkeit dort, im Januar 1989, hatten wir Sorge, dass das kippen konnte. Das sowjetische Ehrenmal in Ost-Berlin, in Treptow, war geschändet worden; vermutlich eine Provokation von Stasi-Leuten, um vielleicht die Rote Armee doch noch aus Karlshorst herauszubekommen. Das war eine ganz seltsame, nicht zu fassende Stimmung. Als das überstanden war, hat es eigentlich in diesem Sinne keine weitergehende Krise gegeben. Der Wahlkampf ist nachher in Ruhe dort gelaufen. Wir haben mit der CDU-Allianz für Deutschland in Brandenburg 38 % geholt und lagen damit 10 % vor der SPD. Das ist bei der Kommunalwahl im Wesentlichen wiederholt worden; allerdings gab es dann unter der Führung von Peter Michael Diestel einen kompletten Einbruch bei den Landtagswahlen, die das vorherige Ergebnis genau umdrehen: 38 % SPD, 28 % CDU. Nach diesen Wah-

len wurde ich nach Bonn gerufen und bin dann wieder hingeschickt worden mit dem Auftrag des Bundeskanzlers: „Du fährst jetzt dahin und erklärst den CDU-Landesvorstand für abgesetzt.“ Darauf habe ich gesagt: „Es gibt doch keine Sitzungsmöglichkeiten dazu, das zu machen.“ Dann sagte er: „Lade in den Cäcilienhof ein, mach ordentliche Essenplatten fertig, und dann erzählst du ihnen schon alles.“ Das habe ich gemacht, ohne Mandat. Anschließend hat es dann zwei, drei Sitzungen sonntagnachmittags gegeben am Gendarmenmarkt in der CDU-Hauptgeschäftsstelle, an denen Peter Radunski und unser Justitiar Scheib teilnahmen. Scheib kam immer mit drei Aktenkoffern und stellte die hin, um den Eindruck zu erwecken, als ob wir alles unter Kontrolle hätten. Am Ende dieser Sitzungen haben alle Mitglieder des Landesvorstandes ihren Rücktritt erklärt, und so wurde dann vier Wochen vor der Bundestagswahl ein neuer Vorstand gewählt unter Führung von Lothar de Maizière. Mit dem Neuanfang bei der CDU haben wir dann bei der Bundestagswahl wieder 38 % in Brandenburg geholt.

Wenn man heutzutage die üblichen Wahlkämpfe führt, dann ist ein Trend da, man kann im Handstand über die Bahnstraße laufen, da ändert man relativ wenig. Aber hier konnte man jeden Tag durch das, was man vor Ort tat, eingreifen und merken, dass das einen Einfluss hatte. Es war eine einmalige Situation, fast könnte man sagen, revolutionäre Situation.

Parallel dazu liefen die Entwicklungen im Europäischen Parlament und der Europäischen Union. 40 % des anzustrebenden Einigungsvertrages bedurften damals schon der Zustimmung der Europäischen Institutionen, weil dadurch Europäisches Recht betroffen war.

Zur Begleitung dieser Verhandlungen hat das Europäische Parlament bereits Anfang Januar 1990 einen Ausschuss zur Deutschen Einheit eingesetzt. Der Vorsitzende war der frühere galicische Ministerpräsident Fernández Albor, ein PP-Mann, und der Berichterstatter war ein junger Gewerkschaftler, Alan John Donnelly, ein Labour-Mitglied aus Großbritannien. Ich war damals Obmann der EVP-Fraktion in diesem Ausschuss, dem auch Leo Tindemans angehörte. Einer der für mich bewegendsten Augenblicke war, als Simone Veil, die Auschwitz überlebt hat, zu Beginn der Beratungen mir ihre eintätowierte Häftlingsnummer auf ihrem Arm zeigte und doch sagte: „Ich helfe Ihnen.“

Dieser Ausschuss hat außerordentlich positiv gearbeitet, es war die breiteste Bereitschaft, uns zu unterstützen und die deutsche Einheit zuwege zu bringen. Das hat sicherlich auch damit zu tun, dass wir im Europäischen Parlament durch die Zusammenarbeit Vertrauen gefunden hatten. Die größten Schwierigkeiten in diesen Beratungen kamen von Vertretern der deutschen Sozialdemokratie. Oskar Lafontaine war im Februar 1990 vor der sozialistischen Fraktion im Europäischen Parlament aufgetreten und hat dort offen dazu aufgefordert, den Einigungsprozess mit europäischen Möglichkeiten zu verzögern. Ich glaube, dass dies eine der beschämendsten Geschichten ist. Als

dann ein junger britischer Labourabgeordneter sagte: „Was können wir denn tun, um den Widerstand deiner deutschen Landsleute bei mir in der Fraktion zu überwinden“, war das meinem Empfinden nach nicht so lustig.

Ich habe über die Zahl von 99 deutschen Abgeordneten viele wissenschaftliche Erläuterungen gehört, jetzt auch wieder bei den Beratungen zum Vertrag von Lissabon. Diese 99 sind zustande gekommen, als Alan Donnelly seinen Bericht fertig hatte. Wir sind abends Essen gewesen und haben, glaube ich, auch einen oder zwei Whisky getrunken und sind damals zu der Position gekommen: es soll 81 deutsche Abgeordnete geben plus 18 für die neuen Bundesländer, erst als Beobachter bis zu den Wahlen 1994. 99 sei deswegen richtig, weil es einer weniger als 100 ist, um das psychologisch einfacher zu verkaufen. Leider Gottes hat Gerhard Schröder bei der Verfassungsvertragsverhandlung drei davon wieder verkauft, so dass wir 2009 nur noch 96 haben werden.

40 % des Einigungsvertrages bedurften der Zustimmung der Europäischen Institutionen, zum Teil auch bereits des Europäischen Parlaments. Wir hatten noch nicht die Kompetenzen, die wir heute haben, aber in vielen Bereichen waren wir schon beteiligt. Dazu gehörte auch das Anlaufen der Förderpläne für die neuen Bundesländer, sie mussten komplett durchs Europäische Parlament bestätigt werden. Wir haben sehr schnell erreicht, dass die neuen Bundesländer von vornherein in dieselben Förderkategorien hineinkamen wie die schwächsten Mitgliedsländer und schwächsten Regionen. Dies waren de facto die Beitrittsverhandlungen eines neuen Gebietes. Wenn man sieht, dass Beitrittsverhandlungen zur Europäischen Union mit Übergangsregelungen in der Regel fünf bis zehn Jahre dauern, dann sind die wenigen Monate, die wir gebraucht haben, im Vergleich sehr kurz. Dazu trug bei, dass Wolfgang Schäuble als Leiter der bundesdeutschen Verhandlungsdelegation die Klugheit hatte, einen holländischen EU-Beamten, Carlo Trojan, der später Generalsekretär der EU-Kommission war, zum Mitglied der Verhandlungskommission zu machen. Er hat uns immer rechtzeitig gewarnt: „Da müsst ihr aufpassen, wenn ihr nicht in Konflikt kommen wollt mit EU-Recht.“ Wir haben im Europäischen Parlament dann über diesen Bericht und damit auch über den Einigungsvertrag abgestimmt. Der Bericht von Donnelly ist angenommen worden – wenn ich mich recht erinnere – bei sieben Neinstimmen und drei Enthaltungen. Damit hat der Einigungsvertrag im Europäischen Parlament eine größere Mehrheit gefunden als im deutschen Bundestag. Das sollte festgehalten werden, in welcher Weise hier Solidarität von den Kollegen und Kolleginnen aus anderen Ländern und aus allen Parteien geübt wurde. Ich glaube, dass wir dieses einmal in geeigneter Weise würdigen sollten: Im Europäischen Parlament und in der Bevölkerung hat sich die Solidarität dann doch durchgesetzt, oft gegen die politischen Klassen in Paris und London. Dazu hat sicherlich auch geführt, dass es in der EU-Kommission zwei Leute gab, die uns vom ersten Tag an

von Seiten der Kommission unterstützt haben. Der eine Name ist bekannt, Jacques Delors, der auch hier eng mit dem Europäischen Parlament zusammengearbeitet hat, und der andere war ein baltischer Jude, der für Großbritannien Mitglied der Kommission war, Sir Leon Brittan. Er hatte zwei, drei Tage nach dem Fall der Mauer Hans-Gert Pöttering und mich zum Abendessen eingeladen und sich nach der politischen Lage in Deutschland erkundigt. Nach diesem Abendessen mit uns ist er voll mitmarschiert und hat uns geholfen.

### **Dorothee Willms:**

Es war nicht nur so, dass allein von der Bundes-CDU, also von Volker Rühle und anderen CDU-Führungskräften, die Aktivitäten in Richtung Ost-CDU ausgingen, sondern es sind unglaublich viele Einzelaktivitäten von Orts-, Stadt- und Kreisverbänden der Union, von den Vereinigungen – Frauenvereinigungen, Mitteldeutsche Vereinigung usw. – schon sofort im November 1989 ausgegangen. Menschen aus Westdeutschland, CDU-Mitglieder, sind herübergefahren und haben geholfen, Parteistrukturen aufzubauen. Rühle trug eigentlich auf zwei Schultern: Auf der einen Seite sahen wir alle die politischen Implikationen, „einfach so“ mit der Ost-CDU zusammenzugehen, aber auf der anderen Seite war an der Basis schon viel in Bewegung gekommen, was nicht mehr zu bremsen war.

### **Elmar Brok:**

Ich glaube, dass zwei Dinge entscheidend zum Erfolg der Einheitsbestrebungen beitragen. Erstens, das Vertrauen in den Bundeskanzler, eine persönliche Vertrauensschiene, die übrigens bei den Amerikanern eine entscheidende Rolle gespielt hat. Und das Zweite ist, dass ganz offensichtlich nach der über Jahrzehnte dauernden Zusammenarbeit in der Europäischen Union die Mehrheit der Völker glaubte, mit diesen Deutschen kann man's tun. Die Umfragen waren in Großbritannien und Frankreich positiv. Die Kritik kam aus der politischen Elite. Das zeigt auch, dass europäische Einigung und deutsche Einheit zwei Seiten derselben Medaille sind und dass wir das, nachdem wir die deutsche Einheit bekommen haben, jetzt auch nicht vergessen dürfen. Zum Vertrauenszuwachs hat entscheidend beigetragen, dass der Maastrichter Vertrag vorbereitet wurde, der allein vorgesehen war zur Währungsunion. 1988 in Hannover war der Auftrag gegeben worden. Ich halte es deshalb für eine Mäher, dass die D-Mark verkauft worden sei für die deutsche Einheit. Der entscheidende Punkt war, dass sich der Bundeskanzler aufgrund des Drängens von Mitterrand im Frühjahr 1990 zur politischen Union bereit erklärte, die dann der zweite Arm des Maastricht-Vertrages wurde. Diese war allerdings nicht sehr ausgebaut, weil das mit den Engländern Schwierigkeiten gab. Aber das



war die Botschaft des Bundeskanzlers an die Europäer, dass auch das geeinte Deutschland sich in der europäischen Einigung politisch auf Dauer binden und keine deutsche Sonderrolle spielen will. Diese Botschaft war entscheidend für den weiteren Verlauf der Dinge.

### **Statements im Anschluss an den Vortrag von Hanns Jürgen Küsters**

#### **Claus J. Duisberg:**

Herr Küsters hat sehr eindrücklich dargestellt, wie viele Faktoren hier zusammenwirkten, wobei es im Sommer 1990 hauptsächlich noch darum ging, den außenpolitischen und den innenpolitischen Prozess zu synchronisieren: Keines sollte vor dem anderen fertig werden.

Hingewiesen werden sollte aber auch noch darauf, dass es außer den außenpolitischen auch beachtliche innenpolitische Probleme, Widerstände und Hindernisse gab, die überwunden werden mussten.

In Deutschland selbst hielt sich die Begeisterung über die Aussicht auf Wiedervereinigung nämlich durchaus in Grenzen. In der DDR war, das darf man nicht übersehen, nicht nur die SED/PDS gegen eine Wiedervereinigung, sondern auch die neuen Parteien der Bürgerrechtsbewegung wollten in erster Linie eine reformierte DDR und lehnten die Vereinigung mit der kapitalistischen Bundesrepublik teilweise ausdrücklich ab. Das änderte sich erst unter dem Druck der Basis. Die Mehrheit der Bevölkerung wollte schließlich möglichst bald so leben wie die Menschen im Westen und drängte auf Vereinigung.

In der alten Bundesrepublik war die Euphorie des 9. November schon bald den hierzulande üblichen Sorgen und Bedenken gewichen. Die SPD sorgte sich um die internationale Stabilität, einer ihrer maßgeblichen Politiker verwies auf unerträglich hohe Finanzlasten. Die Grünen hielten die nationale Einheit durch das nationalsozialistische Regime sowieso für verwirkt. Und manche linke Intellektuelle betrachteten den Nationalstaat an sich als überholt.

Für die Bundesregierung stellte sich um die Jahreswende Anfang 1990 die Frage: Schnell oder langsam? Angesichts des Exodus der Bevölkerung aus der DDR und des drohenden Zusammenbruchs der Wirtschaft und auch der politischen Institutionen der DDR konnte diese Frage eigentlich nur im Sinne eines raschen Vorgehens beantwortet werden. Im Frühjahr 1990 kam noch hinzu, dass Kohl aus Gesprächen mit Gorbatschow den Eindruck bekam, dass in der Sowjetunion die Zustimmung zu einer Vereinigung fraglich werden könnte. Jedenfalls war zu vermuten, dass die innenpolitische Stellung Gorbatschows auf die Dauer instabiler war, als ursprünglich angenommen.

Gegen eine schnelle Vereinigung gab es nun aber erhebliche Widerstände, zum Teil mit durchaus bedenkenswerten Argumenten, zum Teil auch aus grundsätzlichen Vorbehalten. Der Plan der Währungsunion stieß auf sachliche

Kritik seitens der Bundesbank und der Mehrheit aller Wirtschaftswissenschaftler. Es widersprach eigentlich völlig allen Lehrbüchern, dass man zunächst eine neue Währung einführt, um dann anschließend eine gemeinsame Wirtschaft zu errichten. Um die Umtauschmodalitäten musste sowohl in der Bundesrepublik als auch mit der DDR hart gerungen werden. Sie erwiesen sich dann letztlich auch als wirtschaftlich verfehlt. Aber politisch war schließlich kaum etwas anderes möglich.

Eine heftige Diskussion gab es um die Frage, ob die DDR gegebenenfalls gemäß Artikel 23 Grundgesetz a. F. der Bundesrepublik beitreten sollte oder ob zunächst gemäß Artikel 146 Grundgesetz eine neue gemeinsame Verfassung ausgearbeitet werden sollte. Abgesehen davon, dass in der westdeutschen Bevölkerung nur geringe Neigung bestand, das erprobte Grundgesetz zur Disposition zu stellen, wurde die Frage schließlich durch die Volkskammerwahl vom 18. März 1990 entschieden, in der die Allianz-Parteien, die sich auf den Beitritt festgelegt hatten, eine Mehrheit erhielten und diese Position dann auch Inhalt der Regierungserklärung der DDR wurde. Offen blieb dann noch die auch innerhalb der Bundesregierung durchaus kontrovers diskutierte Frage, ob die DDR lediglich den Beitritt erklären und dann die Modalitäten anschließend vom Gesetzgeber, analog der Eingliederung des Saarlandes, beschlossen werden sollten, oder ob der Beitritt in einem Vertrag mit der DDR geregelt werden sollte. Wolfgang Schäuble war von vornherein für die Vertragsvariante, auf die sich auch die DDR-Regierung festgelegt hatte, und deshalb kam es dann schließlich zu den Verhandlungen über den Einigungsvertrag.

Eine ebenfalls umstrittene Frage betraf die Rechtsüberleitung: Sollte außer dem Grundgesetz Bundesrecht zunächst nur im unbedingt erforderlichen Umfang in der DDR in Kraft gesetzt werden und DDR-Recht im Übrigen in Kraft bleiben, oder sollte umgekehrt das Bundesrecht grundsätzlich in vollem Umfang in der DDR eingeführt werden und DDR-Recht nur ausnahmsweise fortgelten? Interessant ist, dass die Verhandlungen mit der DDR über den Einigungsvertrag entsprechend den von Schäuble unterstützten Wünschen der DDR-Regierung auf der Grundlage der zweiten Variante begonnen worden waren. Man hatte gedacht, es sei eine Überforderung der Verwaltung in der DDR, wenn sie plötzlich den gesamten Korpus des Bundesrechts anwenden müsste. Auf Druck der Wirtschaft und auch der FDP und schließlich durch Änderung der DDR-Position wurde dann aber alles mitten in der Verhandlung noch einmal umgestellt.

Die schwierigsten und langwierigsten Auseinandersetzungen gab es aber mit den Bundesländern. Insofern würde ich die vorher genannten drei Parteien: Bundesregierung, DDR und SPD, anders benennen. Meines Erachtens waren die drei Parteien: Bundesregierung, DDR und Bundesländer. Nach meiner Erinnerung war nämlich der Unterschied zwischen den A- und B-Ländern nicht sehr groß, denn in dem entscheidenden Punkt, der Finanzfrage, waren sie ganz

einig, alle nach der guten schwäbischen Maxime: „mir gebet nix“. Kurz zusammengefasst war eigentlich die Position der Länder: Sie wollten am Vereinigungsprozess umfassend und bis ins Detail beteiligt sein, aber von allen finanziellen Lasten freigestellt werden. Ihre – auch nur widerwillig zugestandene – Beteiligung am Fonds Deutsche Einheit betrachteten sie als abschließend. Über die Verteilung des Steueraufkommens, die Finanzverfassung und die Finanzierung von Gemeinschaftsaufgaben wurde buchstäblich bis zum letzten Tag gerungen. Erst am 29. August konnte in einem Gespräch beim Bundeskanzler über die letzten offenen Fragen eine Einigung erzielt werden. Auf der anderen Seite versuchten die Länder, die Beitrittsregelung mit weitreichenden Verfassungsänderungen („Eckpunkte“) zu verbinden, die die Gewichte zwischen Bund und Ländern erheblich verschoben hätten.

Auch verschiedene Ministerien suchten, ihre speziellen Anliegen im Einigungsvertrag unterzubringen. Schäuble widersetzte sich nachdrücklich und letztlich auch erfolgreich allen solchen Versuchen mit dem Argument, dass der Einigungsvertrag, über den nur als Ganzes abgestimmt werden könne, nicht mit Regelungen belastet werden dürfe, die für sich genommen keine parlamentarische Mehrheit finden würden.

Die Verhandlungen mit der DDR selbst waren auch keineswegs einfach. Zunächst hatte es die neue DDR-Regierung nämlich mit dem Beitritt nicht besonders eilig. Sie wollte zuvor – mit westdeutscher Hilfe – die DDR noch in bessere Form bringen, Aufräumarbeiten erledigen und Fakten schaffen, die in die Vereinigung eingebracht werden konnten. Schon daraus ergab sich einiges Konfliktpotenzial. Gravierender waren aber gewisse System- und Mentalitätsunterschiede. Auf beiden Seiten war das Verständnis für die sozialen und politischen Bedingungen der anderen Seite nicht besonders stark ausgeprägt. Das galt auch für das persönliche Verhältnis zwischen Helmut Kohl und Lothar de Maizière, die ja auch in jeder Hinsicht ganz verschiedene Persönlichkeiten waren. De Maizière verstand sich immer als Sachwalter der DDR-Bürger und vermisste auf westlicher Seite Verständnis für ihre Belange. Er wusste natürlich um die Abhängigkeit von der Bundesrepublik, wollte die DDR aber – wie er das sah – nicht einfach an sie ausliefern. Durch die Vereinigung sollte nach seiner Meinung vielmehr etwas Neues entstehen. Andererseits hatte er auch wenig Verständnis für westliche Sensibilitäten. Seine absonderliche Forderung, Namen, Staatssymbole und Nationalhymne zur Disposition zu stellen, war nur ein Beispiel dafür.

Besonders scharf traten die Gegensätze hervor bei der Auseinandersetzung über Eigentums- und Vermögensfragen, wo für de Maizière der Schutz der bestehenden Besitzverhältnisse, nicht der Schutz des Eigentums, im Vordergrund stand. Wie immer die sowjetische Haltung in der Frage der vor 1949 erfolgten Enteignungen zu bewerten ist – es gab keinen Zweifel, dass insoweit

eine Restitution für de Maizière und seine Regierung nicht negoziabel war. Diese Position galt im Übrigen auch quer durch alle Parteien der DDR.

Die DDR verteidigte auch nachdrücklich einige ihrer sogenannten „Errungenschaften“. Dazu gehörte insbesondere die Abtreibungsregelung, über die kein Einvernehmen möglich war, so dass eine Regelung schließlich dem künftigen Gesetzgeber überlassen werden musste. Ein andres kontroverses Problem, an dem zuletzt fast noch die Ratifizierung des Einigungsvertrags zu scheitern drohte, war die Behandlung der Stasi-Akten.

Probleme ergaben sich aber nicht zuletzt aus der Sache. Am Anfang hatten wir – und erst recht die DDR – kaum eine Vorstellung von der Vielfalt und Schwierigkeit der zu regelnden Fragen. Bei der Währungsunion war der Bereich noch relativ überschaubar. Bei dem Vertrag über den Beitritt wurde aber nicht nur eine Unzahl von Anpassungs- und Übergangsregeln erforderlich; es mussten auch völlig unterschiedliche Strukturen zusammengeführt werden. Das zentral-staatliche System der DDR musste in ein föderales überführt werden; eine Ordnung, in der alles staatlich war, musste in weiten Teilen privatisiert werden. Das war nicht zuletzt ein Personalproblem, dessen volle Dimension uns erst im Laufe der Verhandlungen deutlich wurde. Insgesamt gab es nämlich in der öffentlichen Verwaltung der DDR 1,74 Mio. Beschäftigte, und das ohne Volksarmee, Bahn und Post (zusammen noch einmal 664.000). Alle Behörden waren – ebenso wie die Betriebe in der Wirtschaft – personell völlig überbesetzt. Viele Behörden, besonders in der Zentralverwaltung, konnten als solche überhaupt keinen Bestand haben, weil es entsprechende Einrichtungen schon in der Bundesverwaltung gab. Arbeitslosigkeit war hier vorgezeichnet mit allen sozialen und politischen Problemen, die sich daraus ergaben.

Ein ganz besonderes Problemfeld, dessen finanzielle Dimension sich anfänglich auch überhaupt nicht ganz überschauen ließ, war schließlich der große Bereich der Sozialversicherung, die in das System der Bundesrepublik integriert werden musste.

Erwähnt werden sollte schließlich auch noch die Eingliederung des gesamten Prozesses in die Entwicklung Europas. Für den Bundeskanzler war es von Anfang an ein Kernanliegen, die deutsche Vereinigung europäisch einzubinden. Das galt einmal in Bezug auf die außenpolitische Absicherung, zum anderen aber auch für die Einbeziehung in den europäischen Einigungsprozess. Das Gebiet der DDR sollte deshalb mit dem Beitritt integrierender Bestandteil der Europäischen Gemeinschaften werden. Das war anfänglich innerhalb der Gemeinschaften und auch in der Europäischen Kommission nicht unstrittig, wurde aber schließlich akzeptiert, nachdem die Bundesregierung deutlich gemacht hatte, dass die wirtschaftlichen und finanziellen Lasten der Vereinigung Sache der Bundesrepublik seien. Die Eingliederung erforderte aber, dass mit dem Beitritt das gesamte EG-Recht in den neuen Bundesländern angewendet

werden musste. Die Erstellung der hierfür natürlich ebenfalls erforderlichen Anpassungs- und Übergangsregelungen machte noch einmal einen außerordentlichen Aufwand an Arbeit, der parallel zu den Einigungsverhandlungen geleistet werden musste und für dessen termingerechte Bewältigung der Kommission höchste Anerkennung gebührt.

Dass für dies alles in äußerst kurzer Zeit Regelungen gefunden wurden, die zwar nicht immer optimal, auch vielfach nachbesserungsbedürftig waren, erscheint auch im Nachhinein als eine große Leistung. Im Übrigen gilt, was schon gesagt wurde: Wir haben auch Glück gehabt!

### **Dorothee Willms:**

Ich möchte nur noch vier Punkte kurz nennen, die mir bemerkenswert erscheinen. 1. Die völkerrechtliche Fixierung der Oder-Neiße-Grenze ist innenpolitisch relativ still in der Bundesrepublik über die Bühne gegangen. Ich denke, das hängt sowohl mit der Kohlschen Politik gegenüber den Vertriebenenorganisationen in den Jahren zuvor als auch mit einer sehr einsichtigen Haltung von Politikern aus diesem Bereich zusammen. 2. Die Währungsunion 1990 hat einen großen Widerstand der Bundesbank unter dem damaligen Präsidenten Pöhl hervorgerufen, der später auch zurückgetreten ist. Ich erinnere mich an eine Kabinettsitzung, die nicht sehr friedlich ablief; da war ein Widerstand, der weit über eine rein formale Kritik hinausging. 3. Es ist bisher nicht erwähnt worden, welche lange Diskussionen es um die Neufassung des § 218 StGB gegeben hat, der im Einigungsvertrag nicht geregelt wurde, sondern der später erst im gesamtdeutschen Parlament zur Debatte stand. Vorher war mit den Vertretern der DDR, auch mit unseren Freunden aus der Ost-CDU, darüber keine Einigung herbeizuführen. Übrigens war auch umgekehrt mit den Frauen aus der CDU West und der CSU in dem Punkt kaum ein Konsens zu finden. 4. Wenn man 1990 nach Ost-Berlin fuhr und dort mit den Ministern der ersten frei gewählten Regierung Gespräche führte oder in die Volkskammer kam, dann traf man immer auf Bonner Beamte, die als Helfer tätig waren. Sie haben in dieser Übergangszeit in Ost-Berlin und in der DDR mitgewirkt, eine demokratische Verwaltung und den Parlamentarismus aufzubauen – auch dieses Kapitel sollte einmal von den Historikern geschrieben werden.